

**Andi Gross,**

Morschach/SZ, 24.1.2014

SP-Fraktionsklausur zu Europa und EU:

«Mehr Demokratie in Europa: Wie die Weichen neu stellen?»

## Mehr Demokratie in Europa: Die europäische Verfassungsfrage

### *17 Erinnerungen, Thesen, Fragen, Vorschläge, Reform-Perspektiven*

1. Keine neue Frage: Die konkrete Utopie der Europapioniere von 1943-48; so der belgische antifaschistische Widerstand in seiner Zeitung 1942: «Wir müssen es auf europäischer Ebene nach dem Krieg so machen wie die Schweizer Kantone 1848!»

Verfassung steht immer für nationale bzw. europäische Verfassungsreferenden: Das heisst, Staats-Verträge kann man machen, ohne die Bürger/innen zu fragen, Verfassungen hingegen nur mit den Bürger/innen.

2. Die parlamentarische Versammlung des im Mai 1949 gegründeten Europarates hätte die verfassungsgebende Versammlung dieses föderalistisch und demokratisch verfassten Europa werden sollen; Dez. 1951 historisch gescheitert; 1. ER-Präsident Paul Henri Spaak tritt aus Protest zurück. (Denis de Rougemont, 1950, in seinem Flugblatt vor dem Strassburger Europahaus: «Verteidigt nicht (scheinbare nationale Souveränität), was Ihr gar nicht besitzt!»)
3. Das französische. Aussenminister/Direktor-Duo Schuman & Monnet antizipierten das Scheitern des verfassten politischen Europa und lancierten zur Rettung der Idee der Einigung Europas einen Staats-Vertrag zur gemeinsamen Verwaltung der Stahlindustrie derjenigen Länder, welche bereit waren, Souveränität zu delegieren und zu teilen.

<p><u>Vertrag statt Verfassung; Regierungen statt Bürger/innen; Wirtschaftsintegration statt politisch-demokratische Integration.</u></p>
---

Die politische Figur der Montanunion wurde zur Struktur der 6er EWG (1957) und ist bis heute das Grundmuster der 28er EU-Polity (Kommission mit ausschliesslich Gesetzesinitiative, (Mit-)Gesetzgeber Ministerrat, bzw. europäischer Rat, Luxemburger EU-Gericht, seit 1979 direkt gewähltes, immer noch mit zu wenig Kompetenzen ausgestattetes EP).

4. 1990/1991 waren die Ursachen, weshalb anfangs der 1950er die ursprünglich für die EU gedachte Form – föderalistisch verfasst – unmöglich war, überwunden:

Keine Spaltung mehr, Europa konnte über sich verfügen, gesellschaftlich und wirtschaftlich hoch integriert.

Doch den 12 Regierungschefs war am Maastrichter-Gipfel 1991/92 diese Möglichkeit mehrheitlich egal. Sie schufen, was Monnet/Schumann sich nie hätten vorstellen können: Eine gemeinsame Währung (Euro) ohne gemeinsame Demokratie und ohne gemeinsames wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisches Fundament. Sie dachten immer noch zu nationalistisch, die fehlende europäische Demokratie war zum Regieren durchaus angenehm – und einen entsprechenden Druck aus der Bürgerschaft war nicht zu vernehmen.

5. Zwar nahm das erstmals zur europäischen Integration gefragte französische Volk den „Vertrag von Maastricht“ im Plebiszit von September 1992 mit 50,5% Ja nur ganz knapp an, und der damalige EG-Präsident Jacques Delors zog am Tag danach in der „Liberation“ durchaus die richtige Schlussfolgerung „Bis jetzt haben wir Staaten integriert, jetzt müssen wir die Menschen zusammenbringen.“, doch es folgten keine entsprechenden Reformen. Im Gegenteil.
6. Ende 1999/2001 war es fast so weit. Nach Aussenminister Fischers Plädoyer für eine europäische Verfassung und der selbstkritischen, vom liberalen belg. Premier Verhofstadt inspirierten Lakener-Erklärung liess der europäische Rat einen zweiten Konvent zu; doch in beiden fehlten die Mehrheiten für einen echten europäischen Verfassungsgebungsprozess. Der Versuch mündete im Ungetüm eines sogenannten Verfassungs-Vertrags und scheiterte 2005 am negativen Ausgang der Plebiszite in den Niederlanden und in Frankreich. Heraus kam wieder ein klassischer Vertrag, der Lissabonner-Vertrag.

Der Lissabonner-Vertrag brachte einige politische Aufwertungen der nat. Parlamente (Subsidiarität), ebenso des EU-Parlaments (Wahlbehörde der Kommission, EP ist seit 2009 Teil des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens in weiteren 40 Bereichen, gleichberechtigt mit dem Ministerrat bei Entscheidungen über den EU-Haushalt) und für die Bürger (ECJ). Aber: Eine von BürgerInnen getragene Verfassung als eigentliches Fundament fehlt nach wie vor.

7. Wie sehr das Primat der Politik in der EU erodiert und wie sich die Machtverhältnisse von der Politik auf die Wirtschaft verschoben haben, zeigte sich nach 2008 angesichts der Banken- und Finanzkrise. Der Euro wurde ohne das gemeinschaftsorientierte wirtschafts- und finanzpolitische Fundament zum Spalter der EU. Europa wird wegen diesem mangelnden Fundament von immer mehr Menschen als Problem und nicht mehr als Problemlöser empfunden. Die Interessen von Millionen von Arbeitern und Angestellten gerieten unter die Räder. Ihren Stimmen sowie entsprechenden anderen Politiken war in den Strukturen der EU kaum Gehör zu verschaffen.
8. Die Konsequenz: Die Nationalisten waren in der EU heute noch nie so stark. Dem EP droht erstmals in der Geschichte eine Zusammensetzung mit mehr als einem Drittel Anti-Europäer.

9. Das Dilemma: Die EU braucht zur Überwindung der verschiedenen wirtschaftlichen Krisen mehr Kompetenzen; ihr werden diese aber so lange nicht mehr zugestanden, als diese ohne demokratische Kompensation abgegeben werden müssen. Das heisst mehr Kompetenzen in einigen Bereichen sind nur mit einer gleichzeitigen Demokratisierung der EU zu realisieren.

Die vermeintlichen Alternativen: Mehr Macht den Regierungschefs (Merkel) oder mehr Macht der Kommission über die parlamentarischen Kernhoheiten (Budget) finden keine Mehrheiten in der EU und stellen das europäische Integrationsprojekt ebenso und ganz grundsätzlich in Frage. Mehr Macht für die EP wird allein auch nicht akzeptiert als Problemlösungsperspektive. Erst recht nicht die Aufwertung der nationalen Parlamente zu europäischen Gesetzgebern.

Der Moment zum Umbau ist da. Dessen Notwendigkeit für Europäer und Demokraten und jene, welche unter Freiheit, das Recht, die Möglichkeit und die Fähigkeit verstehen, die wesentlichen Elemente der Lebenswirklichkeit gemeinsam selber bestimmen zu können, auch.

10. **Europa braucht heute nicht nur mehr genuin europäische Demokratie, sondern die Demokratie braucht auch die EU, die transnationale Ebene, wenn sie ihre substanziellen Versprechen in den kommenden Jahren auch/wieder einlösen will.**

Ansonsten gleicht sie immer länger dem Steuerruder eines Schiffes, das nicht mehr ins Wasser reicht und so das Schiff anderen Kräften folgen lässt als jenen, die am Steuerruder zu sitzen glauben.

11. Doch eine Lehre aus der Vergangenheit ist dringend: Mehr Demokratie kann man nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger einrichten und verfassen, sondern nur mit ihnen.

Damit dies möglich ist, muss man beispielsweise auch zeigen, dass eine gemeinsame europäische Verfassung die Basis schaffen könnte für eine europäische Arbeitslosenversicherung oder die Kompetenz für ein echt föderalistisches europ. Zweikammerparlament (der Senat würde von den nationalen Parlamenten gewählt), mit Verfassungsänderungen auch kapitalbegünstigende und die Arbeit diskriminierende Urteile des Luxemburger EU-Gerichtes zu „korrigieren“.

12. Ohne dass sich die Bürgerinnen und Bürger kontinental und massenweise eingemischt hätten, wäre Politik heute immer noch Männersache, die Sicherheitspolitik eine Sache der Generäle und Offiziere, die Energiepolitik eine Affaire der Atomenergie-Multis, die Entwicklungszusammenarbeit wenn überhaupt von den Multis geprägt.

Das Wirtschafts-Europa hat sich der Menschen immer bedient und die Menschen haben sich dieses Europa noch nie zu ihrer eigenen Sache gemacht; schon gar nicht transnational, eben europäisch, und in einer radikaldemokratischen Reformperspektive. **Wundert es uns da noch, dass Europa heute in einer so schlechten Verfassung ist?**

Der Aufbau einer starken transnationalen BürgerInnen-Bewegung für ein demokratisches Europa und eine europäisch verfasste Demokratie ist mehr als dringend. Entsprechende Anstrengungen und Anfänge gilt es überall zu unterstützen.

13. Die europäische Integration ist ein Prozess, der nicht endet. Er ist heute „bloss“ mit seiner grössten Krise, seinem alten zentralen Strukturproblem konfrontiert. Er kann auch neue Formen annehmen. So ist den meisten klar, dass die langsame oder schnelle Implosion der jetzigen EU, sofort eine neue Form eines noch stärkeren Kerneuropas mit sich bringen würde. Für die Schweiz keine besonders heitere Perspektive: Denn seine Nachbarn und wichtigsten Partner wären auch bei dieser neuen EU dabei, allerdings noch unnachsichtiger gegenüber helvetischen Sonderwegen als die gegenwärtige EU.

**14. Allein, ohne die transnationale Gemeinschaft, kann kein Nationalstaat – weder ein grosser wie D oder F, noch ein kleiner wie die CH – die Demokratie und die oben definierte Freiheit – und im Falle der Schweiz auch ihre industrielle Basis – verteidigen, beziehungsweise retten.**

Allein ginge die Schweiz den Weg zu einem grossen Finanz-Monaco. Doch sind wir uns bewusst, dass die „Schweiz“ schon heute bei vielen als Chiffre gilt für einen Staat, der nicht mehr an der Gestaltung seines Umfeldes mitwirken möchte?

Gerade darum hat auch die Sozialdemokratie in der Schweiz eine entscheidende Aufgabe: sich für den fortdauernden Prozess der europäischen Integration einzusetzen und die Demokratisierung Europas immer wieder einzufordern, zu denken und mitzugestalten. Wir müssen eine stützende, europareformerische Stimme sein mit einer eigenen transnationalen Reformperspektive.

15. Heute ist die europäische Gesellschaft integrierter und existenziell noch mehr voneinander abhängig als die schweizerische 1847/48. Würden wir einen Bund akzeptieren, den der Zürcher Regierungspräsident regieren würde in Absprache mit seinem Berner Kollegen? Würden wir akzeptieren, dass statt der Bundesversammlung die Konferenz der Kantonsregierungen Bundesrecht schaffen würde? Würden wir als Glarner oder Thurgauer Kantonsräte Tausende von interkantonalen Regierungsvereinbaren akzeptieren, welche statt den Bundesgesetzen die Schweiz und damit auch weitgehend Glarner und Thurgauer Lebenswirklichkeiten bestimmen würden? Ganz abgesehen davon, dass die meisten Realitäten von Berlin, Washington und Peking geprägt würden.
16. Vergessen wir nicht, wie im Eishockey oder im Billard erfolgreich gespielt wird: Es muss über die Bande gespielt werden. Das heisst wir können europapolitisch in der Schweiz nur erfolgreich sein, wenn wir europareformerisch auftreten reden und handeln und nicht unüberlegt den Europa-Skeptikern in die Hand spielen. Je besser uns dies zusammen mit anderen europäischen Demokraten und Demokratinnen gelingt, um so mehr können wir Europa demokratisieren, die Demokratie restaurieren und in der Schweiz Mehrheiten davon überzeugen.
17. Der Bund muss Ressourcen zur Verfügung stellen, die für die vielfältige Arbeit an und mit Europa und der Transnationalisierung der Demokratie, für entsprechende Bildungs- und Informationsleistungen, für europäische Engagements genutzt werden können. Nur wenn mehr über einiges besser bescheid wissen im Zusammenhang mit der Demokratie und Europa und entsprechende europäische Handlungserfahrungen machen können, kann die nationalkonservative Hegemonie in der Schweiz überwunden werden.